

Compliance für die Praxis

## Deutsch-Amerikanische Korruptionsverfahren

Ermittlungen in Unternehmen - SEC, DOJ, FCPA, SOX und die Folgen

von

Prof. Dr. Jürgen Wessing, Dr. Matthias Dann, Dr. Heiko Ahlbrecht, Gary di Bianco, Rainer Biesgen, Heike Böhme,  
Dr. Markus Jakoby, Dr. Rainer Kienast, Michael Loer, Jan Pohle, Prof. Dr. Jürgen Taschke

1. Auflage

[Deutsch-Amerikanische Korruptionsverfahren – Wessing / Dann / Ahlbrecht / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Allgemeines](#)



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 64123 7

# beck-shop.de

Wessing/Dann (Hrsg.)  
Deutsch-Amerikanische Korruptionsverfahren

**beck-shop.de**

# beck-shop.de

## Deutsch-Amerikanische Korruptionsverfahren

Ermittlungen in Unternehmen –  
SEC, DOJ, FCPA, SOX und die Folgen

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jürgen Wessing

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Strafrecht  
Honorarprofessor an der Heinrich Heine Universität Düsseldorf  
Düsseldorf

Dr. Matthias Dann, LL.M.

Rechtsanwalt  
Düsseldorf



Verlag C.H. Beck München 2013

# beck-shop.de

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 64123 7

© 2013 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft,  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

„Long arm statutes“ nennt der angelsächsische Rechtskreis sehr anschaulich diejenigen Rechtsvorschriften, die – um im Bilde zu bleiben – über die jeweiligen Landesgrenzen des gesetzgebenden Staates hinausgreifen, um jenseits des eigenen Hoheitsgebietes in fremden Ländern Geltung zu beanspruchen.

Diesen Zugriff des „langen Armes“, vor allem aus den USA, haben auch deutsche Unternehmen und Manager immer wieder zu spüren bekommen. Völkerrechtliche Schranken zählen in der Praxis wenig, schlichte wirtschaftliche Macht zwingt zumindest solche Unternehmen, die in den USA Niederlassungen oder Tochtergesellschaften haben, oder die vom US-Geschäft wesentlich abhängig sind, sich zu fügen.

Dabei gibt es Rechtsvorschriften mit dem Anspruch „extraterritorialer Geltung“ bei weitem nicht nur in den USA. Erst kürzlich ist der UK Bribery Act 2010 zum Kreis dieser Normen hinzugekommen, und gibt allen Unternehmen, die in England geschäftlich aktiv sind, rund um den Globus vor, wie sie sich in Sachen Korruptionsprävention zu organisieren haben. Auch deutsches Recht beansprucht weltweit Geltung, wenn es etwa Rechtsnormen anderer Staaten als unanwendbar erklärt, sobald ihre „Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist“ (Art. 6 EGBGB).

Doch kaum ein Land hat sich für die rigorose Durchsetzung eigener Rechtsvorstellungen in anderen Staaten einen derartigen Ruf erworben wie die USA. Das begann unter anderem im Finanzsektor, als ohne Rücksicht auf Datenschutz und andere europäische „Rechtsbefindlichkeiten“ die Herausgabe von Kundendaten ausländischer Banken verlangt wurde, verbunden mit der unterschwelligen Drohung, bei Nichtbefolgung könne das US-Geschäft der Bank und damit auch die Filiale an der Wall Street ein schnelles Ende nehmen. Und das erreichte einen vorläufigen Höhepunkt darin, dass ausländische Manager „eingeladen“ wurden, in den USA Haftstrafen anzutreten, dies wegen aus dem Unternehmen heraus irgendwo auf dieser Welt begangener Korruptionsdelikte, nur damit das Unternehmen sein US-Geschäft weiter fortsetzen kann.

So sind die zuständigen Behörden, das Justizministerium DOJ (Department of Justice) und die Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) weltweit bei Managern und Unternehmen gefürchtet und allein die Ankündigung einer Untersuchung verbreitet nicht selten Angst und Panik bei den Betroffenen.

Damit ist es mehr als verdientvoll, dass sich *Wessing* und eine Reihe weiterer, überaus fachkundiger Autoren zum Ziel gesetzt haben, die Abläufe und Grenzen dieser internationalen Verfahren und die damit einhergehenden internen Ermittlungen in den Unternehmen in vorliegendem Werk aufzuarbeiten und zu durchleuchten.

Möge das Buch seinen Platz finden in den Kanzleien und Unternehmen, bei den Beratern und Managern, die sich mit US-amerikanischen Behörden in Deutschland und anderswo konfrontiert sehen und helfen, sich richtig zu verhalten und Schäden zu vermeiden oder wenigstens zu minimieren. „Your right to swing your fist ends where my nose begins“ hat einst Oliver Wendell Homes Jr. gesagt, ein 1841 in Boston geborener US-Rechtsprofessor, Richter und Chief Justice. Damit verbindet sich der Wunsch, dass

das Buch den Betroffenen und den Unternehmen wirksamen Beistand leisten wird, um sich vor dem „langen Arm“ der US-Behörden zu schützen, damit der geschwungenen Faust ihre rechtsstaatlichen Grenzen aufgezeigt werden.

Söcking, im Juni 2012

*Christoph E. Hauschka*

## Autorenverzeichnis

*Prof. Dr. Jürgen Wessing*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht,  
Partner bei Wessing & Partner, Düsseldorf;  
Honorarprofessor der Heinrich Heine Universität Düsseldorf ..... §§ 1, 6, 7 C

*Dr. Matthias Dann, LL.M.*

Rechtsanwalt, Partner bei Wessing & Partner, Düsseldorf ..... § 3

*Dr. Heiko Ahlbrecht*

Rechtsanwalt, Partner bei Wessing & Partner, Düsseldorf;  
Lehrbeauftragter der Leibniz Universität Hannover ..... § 11

*Gary Di Bianco*

Rechtsanwalt bei Skadden, Arps, Slate, Meagher & Flom LLP,  
London ..... §§ 2, 5, 7A, 12 A, 13 A

*Rainer Biesgen*

Dipl.-Finanzwirt, Rechtsanwalt bei Wessing & Partner, Düsseldorf;  
Lehrbeauftragter der Heinrich Heine Universität Düsseldorf ..... § 4

*Heike Böhme*

Rechtsanwältin, München ..... § 13 B

*Dr. Markus Jakoby*

Rechtsanwalt und Notar bei Jakoby Rechtsanwälte, Berlin ..... § 13 C

*Dr. Rainer Kienast*

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht,  
Partner bei CMS Hasche Sigle, Düsseldorf;  
Lehrbeauftragter der Heinrich Heine Universität Düsseldorf ..... §§ 8, 13 D

*Michael Loer*

Oberstaatsanwalt, Abteilungsleiter der Schwerpunktstaatsanwaltschaft  
für Wirtschaftsstrafsachen in Frankfurt a.M. .... § 10

*Jan Pohle*

Rechtsanwalt, Partner bei DLA Piper UK LLP, Köln  
Lehrbeauftragter der Humboldt Universität Berlin und der  
Universität Oldenburg ..... § 8 G, 9

*Prof. Dr. Jürgen Taschke*

Rechtsanwalt, Partner bei DLA Piper UK LLP, Frankfurt a.M.  
Honorarprofessor an der Goethe Universität Frankfurt a.M. .... § 12 B



**beck-shop.de**

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Autorenverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis .....	XXIX
<b>§ 1. Einleitung oder der lange Arm der SEC .....</b>	<b>1</b>
<b>§ 2. Basics of the US Criminal Law – Grundlagen des US-Strafrechts .....</b>	<b>3</b>
A. Basics of the US Criminal Law .....	3
I. Basics of the FCPA and the SOX .....	3
1. Elements of Corporate Criminal Liability .....	3
2. Anti-Bribery Provisions of the FCPA .....	4
a) Jurisdiction .....	5
b) Intent .....	6
c) Payment .....	7
d) Recipients .....	7
e) Influence or Induce .....	8
f) Obtaining or Retaining Business .....	9
g) Knowledge Requirement .....	10
h) Permissible Payments .....	10
i) Affirmative Defenses .....	10
3. Internal Controls Provisions of the FCPA .....	11
4. Books and Records Provisions of the FCPA .....	12
5. Sarbanes Oxley controls and certifications .....	13
II. The acting authorities .....	16
1. DOJ .....	16
a) Criminal jurisdiction over registered issuers .....	16
b) Criminal jurisdiction over US domestic concerns .....	16
c) Criminal jurisdiction over other persons .....	17
d) Enforcement by US Attorney’s Offices and DOJ Criminal Division .....	17
2. SEC .....	17
a) Structure of the Commission .....	17
b) The SEC Division of Enforcement .....	18
c) Civil jurisdiction over registered issuers .....	18
d) SEC administrative proceedings .....	18
e) SEC civil court proceedings .....	19
B. Deutsche Zusammenfassung der Grundlagen des US-Strafrechts .....	20
I. Grundlagen von FCPA und SOX .....	20
1. Grundlagen des Unternehmensstrafrechts .....	20
2. Anti-Bribery Regeln des FCPA .....	20
a) Jurisdiction .....	21
b) Vorsatz .....	22
c) Zahlung .....	22
d) Empfänger .....	22
e) Beeinflussen oder veranlassen .....	23
f) Erhalt oder Erlangung eines Geschäftes .....	24
g) Subjektive Faktoren .....	24
h) Erlaubte Zuwendungen .....	25
i) Rechtfertigende Verteidigungen .....	25
3. Regelungen interner Kontrollen durch das FCPA .....	25

4. Buchhaltungsvorschriften des FCPA .....	27
5. Sarbanes Oxley Kontrollen und Zulassungen .....	28
II. Die US-amerikanischen Behörden .....	30
1. DOJ .....	30
a) Strafrechtliche Zuständigkeit bei registrierten Emittenten .....	30
b) Strafrechtliche Zuständigkeit bei in den Vereinigten Staaten ansässigen Konzernen .....	30
c) Strafrechtliche Zuständigkeit über andere Personen .....	31
d) Strafverfolgung durch das US Attorney's Offices und die Criminal Division des DOJ .....	31
2. SEC .....	31
a) Struktur der Kommission .....	32
b) Die Division für Vollstreckung .....	32
c) Zivilrechtliche Zuständigkeit bei registrierten Emittenten .....	32
d) SEC administrative proceedings .....	32
e) SEC Vorgehen vor Zivilgerichten .....	33
<b>§ 3. Internationale Aspekte des deutschen Strafrechts .....</b>	<b>35</b>
A. Einleitung .....	35
B. Ausländische Rechtsordnungen .....	37
C. Geltung des Deutschen Strafrechts und Implikationen des Allgemeinen Teils .....	37
I. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auf Auslandssachverhalte .....	37
1. Tatort und Staatsangehörigkeit .....	38
2. Schutz ausländischer Rechtsgüter? .....	40
II. Strafrechtliche Verantwortungssubjekte .....	40
1. Verantwortlichkeit von Unternehmen und Mensch .....	40
2. Täterschaft und Teilnahme im Wirtschaftsstrafrecht .....	41
3. Pflichtverletzung als Unterlassungsdelikt – Compliance-Verantwortlichkeit und Garantenstellung .....	43
D. Internationale Aspekte der einschlägigen Vorschriften .....	45
I. Beschränkungen und Ausweitungen der Korruptionsstrafbarkeit nach deutschem Recht durch internationale Vorgaben .....	45
II. Bestechung europäischer und ausländischer Amtsträger gem. § 334 StGB .....	46
1. Internationalisierung des Amtsträgerbegriffs durch EuBestG und IntBestG .....	46
2. Bestechung mit internationalen Bezügen .....	48
a) Grundzüge des § 334 StGB .....	49
aa) Vorteilsbegriff .....	49
bb) Tathandlung und pflichtwidrige Diensthandlung .....	51
cc) Unrechtsvereinbarung .....	52
dd) Künftige Diensthandlungen nach § 334 Abs. 3 StGB .....	54
b) Modifizierung durch das IntBestG .....	54
aa) Einleitung .....	54
bb) Vorteile für eine künftige, pflichtwidrige Diensthandlung .....	55
cc) Auftrag oder unbilliger Vorteil im internationalen Geschäftsverkehr gem. § 1 IntBestG .....	57
3. Prüfungsschema der Bestechung im internationalen Geschäftsverkehr nach § 334 StGB .....	59
III. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr gem. § 299 StGB .....	59
1. Grundzüge des § 299 StGB .....	59
a) Täter im Sinne des § 299 Abs. 1 StGB .....	60
b) Täter im Sinne des § 299 Abs. 2 StGB .....	61
c) Vermittler und Strohmänner als Teilnehmer des § 299 Abs. 1 und Abs. 2 StGB ..	62
d) Handeln im geschäftlichen Verkehr .....	62
e) Vorteilsbegriff und Drittzuewendung .....	62

f) Unrechtsvereinbarung .....	63
g) Tathandlung .....	66
2. Handlungen im ausländischen Wettbewerb (§ 299 Abs. 3 StGB) .....	66
a) Ausländischer Wettbewerb .....	67
b) Verhältnis von § 299 Abs. 3 und §§ 3 ff. StGB .....	67
3. Prüfungsschema des § 299 StGB bei Auslandssachverhalten .....	69
IV. Untreue gem. § 266 StGB .....	70
1. Einleitung .....	70
2. Grundzüge des § 266 StGB .....	71
a) Systematik .....	71
b) Vermögensbetreuungspflicht .....	71
c) Pflichtverletzung .....	73
aa) Missbrauchstatbestand .....	73
bb) Treuebruchtatbestand .....	74
cc) Einverständnis .....	75
dd) Unmittelbarkeitskriterium .....	77
d) Vermögensnachteil .....	77
e) Fallvarianten: Schwarze Kassen und Kick-Backs .....	79
aa) Schwarze Kassen .....	79
bb) Kick-Back-Zahlungen .....	80
cc) Zahlung von Schmiergeld als Untreue .....	82
3. Auslandssachverhalte .....	82
4. Prüfungsschema Untreue .....	82
V. Geldwäsche gem. § 261 StGB .....	83
1. Einleitung .....	83
2. Grundzüge des § 261 StGB .....	84
a) Systematik .....	84
b) Gegenstand .....	84
c) Für Korruptionssachverhalte relevante Vortaten aus dem Katalog des § 261 Abs. 1 S. 2 StGB .....	84
d) Herrühren .....	85
e) Tathandlungsvarianten .....	87
f) Tatbestandseinschränkungen .....	88
g) Subjektiver Tatbestand .....	88
h) Persönliche Strafaufhebungsgründe .....	88
3. Auslandssachverhalte .....	89
a) Auslandstaten nach § 261 Abs. 8 StGB .....	89
b) Besonderheiten .....	89
4. Prüfungsschema Geldwäsche nach § 261 StGB .....	90
VI. Bilanzdelikte – Unrichtige Darstellung nach § 331 HGB .....	90
1. Einleitung .....	90
2. Unrichtige Darstellung der Unternehmensverhältnisse nach § 331 Nr. 1, Nr. 1 lit. a, Nr. 2, Nr. 3 HGB .....	91
a) Unrichtige Darstellung der Verhältnisse der Kapitalgesellschaft – § 331 Nr. 1 HGB .....	91
b) Unrichtige Darstellung der Verhältnisse eines Konzerns – § 331 Nrn. 2 u. 3 HGB .....	92
3. Unrichtiger Bilanzzeit nach § 331 Nr. 3 lit. a HGB .....	92
a) Sarbanes Oxley Act und die Entstehungsgeschichte des Bilanzzeids .....	92
b) Grundzüge des strafbaren Bilanzzeids .....	93
aa) Täterkreis .....	93
bb) Unrichtige Abgabe .....	93
cc) Subjektiver Tatbestand und vorstandsinterne Geschäftsverteilung .....	93
c) Auslandssachverhalte .....	94
4. Prüfungsschema Bilanzdelikte .....	94
E. Rechtfertigungsgründe .....	95

F. Verjährung .....	96
I. § 334 StGB .....	96
II. § 299 StGB .....	96
III. § 266 StGB .....	97
IV. § 261 StGB .....	97
V. § 331 HGB .....	97
G. Anzeigepflichten .....	97
<b>§ 4. Steuer- und steuerstrafrechtliche Implikationen .....</b>	<b>99</b>
A. Abzugsverbot des § 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 10 EStG .....	99
I. Von der Absetzbarkeit der Schmiergeldzahlungen bis zum Abzugsverbot – kurzer Rückblick auf die Gesetzgebungsgeschichte .....	99
II. Heutiger Anwendungsbereich der Vorschrift .....	101
1. Anwendbarkeit bei Zahlungen mit Auslandsbezug (§ 299 Abs. 3 StGB) .....	102
2. Anwendbarkeit auf Betriebsausgaben und Werbungskosten .....	103
III. Zuwendung von Vorteilen als rechtswidrige tatbestandsmäßige Handlung .....	104
1. Zuwendung von Vorteilen .....	104
2. Rechtswidrige tatbestandsmäßige Handlung .....	105
3. Anforderungen an den Nachweis der Tat .....	106
B. Mitteilungen zwischen Finanzverwaltung und anderen Behörden .....	107
I. Das Steuergeheimnis (§ 30 Abs. 1–3 AO) .....	107
II. Zulässige Offenbarungen .....	108
1. Offenbarung nach § 30 Abs. 4 Nrn. 1–3 AO .....	108
2. Speziell: Offenbarung nach §§ 30 Abs. 4 Nr. 2 AO, 4 Abs. 5 Nr. 10 S. 3 EStG .....	111
3. Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche (§ 31 b AO) .....	113
4. Offenbarung nach § 30 Abs. 4 Nrn. 4 und 5 AO .....	115
C. Grenzüberschreitende Mitteilungen der Finanzbehörden (§ 117 Abs. 1 bis 3 AO) .....	117
I. Mitteilungen der deutschen Finanzbehörden nach § 117 Abs. 2 AO .....	118
1. Mitteilungen aufgrund Doppelbesteuerungsabkommen .....	118
2. Mitteilungen der deutschen Finanzbehörden aufgrund des EG-Amtshilfe- Gesetzes .....	121
3. Mitteilungen der deutschen Finanzbehörden aufgrund innerstaatlich anwendbarer Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften .....	126
II. Mitteilungen der deutschen Finanzbehörden nach § 117 Abs. 3 AO .....	127
III. Zwischenstaatliche Auskünfte an die deutschen Finanzbehörden (§ 117 Abs. 1 AO) ...	128
D. Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen .....	130
I. Mitwirkungspflichten bei Inlandssachverhalten .....	130
II. Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandssachverhalten (§ 90 Abs. 2 AO) .....	133
III. Spezielle Fälle der erhöhten Mitwirkungspflicht nach § 90 Abs. 2 S. 3, Abs. 3 AO ...	136
E. Kontroll- und Überwachungspflichten der Organe des Unternehmens .....	137
I. Pflichten der gesetzlichen Vertreter aus § 34 AO .....	138
II. Persönliche Haftung der gesetzlichen Vertreter bei Pflichtverletzungen nach § 69 AO .....	140
F. Die strafbefreiende Selbstanzeige (§ 371 AO) .....	143
I. Keine Erstreckung der Straffreiheit auf andere Delikte als die Steuerhinterziehung ...	144
II. Voraussetzungen der (steuer)strafbefreienden Selbstanzeige .....	144
III. Sperrgründe .....	146
IV. Keine strafbefreiende Selbstanzeige in den USA .....	149

<b>§ 5. Process of SEC and DOJ Investigations from a US Perspective – Ablauf der Verfahren von SEC und DOJ aus amerikanischer Sicht</b>	151
A. Process of SEC and DOJ Investigations from a US Perspective	151
I. Civil law	151
1. Initiation	151
a) Civil investigations – informal and formal SEC investigations	151
b) Civil investigations – requests for documents	152
c) Civil investigations – subpoenas for documents	153
d) Civil investigations – interviews and testimony	153
2. Various forms of disposition (closure of the investigations)	154
a) Deferred prosecution agreements	154
b) Civil administrative proceedings	155
c) Civil injunctions	156
d) Civil trials	157
II. Criminal law	157
1. Initiation	157
a) Criminal investigations – informal	157
b) Criminal investigations – grand jury	158
2. Various forms of disposition (closure of the investigations)	158
a) Criminal non prosecution agreements	159
b) Criminal deferred prosecution agreements	160
c) Criminal guilty pleas	160
d) Criminal trials	160
B. Ablauf der Verfahren von SEC und DOJ aus amerikanischer Sicht – Übersetzung Teil A	161
I. Zivilrecht	161
1. Einführung	161
a) Zivile Untersuchungen – formelle und informelle SEC-Untersuchungen	161
b) Zivilrechtliche Untersuchungen – Herausgabeverlangen von Dokumenten	162
c) Zivilrechtliche Untersuchungen – Herausgabeverlangen von Beweismitteln durch Subpoena	163
d) Zivilrechtliche Untersuchungen – Anhörungen und Zeugenaussagen	163
2. Verschiedene Formen des Abschlusses der Ermittlungen	164
a) „Deferred prosecution“- Zurückstellung der Strafverfolgung durch Vereinbarung	164
b) Verwaltungsverfahren	165
c) Zivilrechtliche Verfügungen	165
d) Verfahren vor Zivilgerichten	166
II. Strafrecht	166
1. Einführung	166
a) Informelle strafrechtliche Ermittlungen	167
b) Strafrechtliche Ermittlungen – Grand Jury	167
2. Beendigungsformen des Ermittlungsverfahrens	168
a) Strafrechtliche Nichtverfolgungsvereinbarungen	168
b) Vereinbarung der Zurückstellung der Strafverfolgung	169
c) Geständnisse	169
d) Strafrechtliche Gerichtsverfahren	169
<b>§ 6. Parallelermittlungen in Deutschland</b>	171
A. Die besten Ermittlungen sind keine Ermittlungen	171
I. Strafrechtliche Risikokontrolle	171
1. Der problematische Mitarbeiter	172
2. Der Konkurrent – insbesondere in Kartellverfahren	172
3. Strukturprobleme	173
4. Presse	174

II. Verfahrensverhinderung durch aktives Ermittlungsrisikomanagement .....	174
B. Von Deutschland ausgehende Ermittlungen .....	174
C. Von den Vereinigten Staaten ausgehende Ermittlungen .....	175
D. Speziell relevantes deutsches Prozessrecht .....	176
I. Persönliche Schuld versus Unternehmensstrafrecht .....	176
1. Schuldgrundsatz als (angeblich) beherrschendes Prinzip .....	176
2. Faktisches Unternehmensstrafrecht .....	176
II. Wesentliche Prozessgrundsätze des Personenstrafrechtes .....	177
1. Ermittlungsgrundsatz .....	177
2. Recht auf Verteidigung in jeder Verfahrenslage .....	178
a) Anwesenheitsrechte von Verteidigern .....	179
aa) Vernehmung .....	179
bb) Durchsuchung .....	180
b) Verschwiegenheitspflicht des Verteidigers .....	181
c) Akteneinsichtsrechte .....	183
aa) Akteneinsicht nach § 147 StPO .....	183
bb) Akteneinsichtsrecht nach § 406 e oder § 475 StPO .....	185
d) Kommunikationsrechte .....	186
e) Das „Recht“ auf Unwahrheit .....	186
3. Unternehmensstrafrecht? .....	188
a) Anbindung der „Unternehmensschuld“ an die Individualschuld .....	188
b) Konsequenzen .....	189
aa) OWiG .....	189
bb) StGB .....	190
cc) Ausstrahlung: Korruptionsregister, Gewerbeordnung .....	190
c) Unternehmensverteidigung .....	191
4. Sockelverteidigung .....	194
a) Begrifflichkeiten und Abgrenzung .....	194
b) § 146 StPO und Zulässigkeit der Sockelverteidigung .....	195
c) Gemeinsame Verteidigeraufgaben und Innenverhältnis .....	196
d) Grenzen .....	199
aa) Strafvereitelung .....	199
bb) Parteiverrat .....	199
cc) Prozessuale Grenzen .....	200
5. Das Problemfeld des Individualverteidigers .....	202
a) Umgang mit den Erstaussagen .....	202
b) Widerstand gegen interne Ermittlungen unter strafrechtlichen Gesichtspunkten .....	203
aa) Das Interesse am Erhalt des Arbeitsplatzes .....	204
bb) „Kronzeuge“ und „Whistleblowing“ in Deutschland .....	204
E. Besonderheiten der Verfahrensdualität .....	207
I. Die Beachtung des US-Prozessrechtes durch den deutschen Anwalt .....	207
1. Der Einfluss von Discovery .....	208
2. Das Ende der Verteidigung bei US-Anerkenntnis? .....	209
a) Das Gebot der Akzeptanz des US Factfindings .....	209
aa) Statement of Facts .....	209
bb) Auswirkungen in andere Ermittlungsverfahren .....	210
b) Das Gebot weltweiter Aufklärungshilfe .....	216
c) Der Ausweg aus dem Dilemma .....	216
II. Anwaltsgeheimnis und Privilege .....	217
III. Die Zusammenarbeit mit den US-Kollegen .....	219
1. Clash der Kulturen? .....	219
2. Das Selbstverständnis der US-Kollegen .....	220
3. Professionalität und Information .....	221
F. Drittwirkung: Ermittlungsverfahren in weiteren Ländern .....	221

G. Strategien .....	222
I. Akutberatung .....	222
1. Keine frühe Festlegung .....	222
2. Risikoinformation .....	223
3. Zusammenstellung der strafrechtlichen Berater .....	223
II. Kontakt zur deutschen Staatsanwaltschaft? .....	224
1. Erörterungen im Ermittlungsverfahren nach § 160 b StPO .....	224
2. Begrenzung des Verfahrensstoffes – § 154 StPO .....	225
3. Doppelverfolgung und Verfallsfragen .....	226
a) Grundsätze .....	226
b) Anwendbarkeit der Härtefallvorschrift des § 73 c StGB? .....	226
aa) Anrechnung einer im DOJ-Verfahren zu zahlenden Geldstrafe .....	226
bb) Unbillige Härte wegen der Kosten der internen Untersuchung? .....	228
cc) Unbillige Härte wegen Kosten für Compliance-Maßnahmen? .....	229
dd) Reduzierung in Höhe der bereits gezahlten Steuern, § 73 c Abs. 1 S. 2 StGB .....	229
c) Bußen und Verfall nach Ordnungswidrigkeitenrecht .....	229
aa) Anrechnung der im DOJ-Verfahren zu zahlenden Geldstrafe .....	230
bb) Anrechnung der Gewinnabschöpfung im Rahmen eines SEC Verfahrens .....	230
cc) Zwischenergebnis .....	231
III. Erledigungsstrategien .....	232
IV. Umgang mit den Medien .....	233
1. Allgemein .....	233
2. Die schriftliche Presseerklärung .....	233
3. Stellungnahmen gegenüber der Presse – Die US Behörden beobachten kritisch .....	234
4. Abstimmung der Pressekommunikation zwischen den Beteiligten .....	235
<b>§ 7. Company internal “cross-border” investigations – Unternehmensinterne „cross-border“ Untersuchungen .....</b>	<b>237</b>
A. Company internal “cross-border” investigations in the USA .....	237
I. Expectations of U.S. Authorities .....	237
1. Internal investigation process .....	237
2. Voluntary disclosures and cooperation .....	238
3. Voluntary disclosure and cooperation considerations .....	239
II. Planning and Execution .....	239
1. Investigation work plan .....	239
2. Investigation privilege issues .....	240
3. Investigation reporting .....	240
4. Document gathering .....	240
5. Document review .....	241
6. Employee interviews .....	241
III. Involved Parties .....	242
1. Legal Department .....	242
2. Compliance Department .....	243
3. Board of Management .....	244
4. External Auditors .....	244
5. Commercial counterparties .....	245
6. Shareholders – public disclosure obligations .....	245
IV. Documentation and Protection of Investigation Results .....	246
1. Form of reporting .....	246
2. Strategic issues regarding written and oral reports .....	246
3. Protection of privilege .....	247
V. Strategic Consequences of Investigation Results .....	248
1. Use of reports by authorities in investigations .....	248



2. Use of reports by authorities in trials or other proceedings	250
3. Use of reports in civil litigation	250
VI. Typical Difficulties	251
1. Data protection and privacy restrictions	251
2. Labor law protections	252
3. Multi-jurisdictional regulatory concerns	252
4. Raids and seizure orders	253
5. Termination of contracts	254
B. Deutsche Zusammenfassung des Teils A	254
I. Grundsätzliche Struktur grenzüberschreitender Untersuchungen	254
1. Ablauf interner Untersuchungen	255
2. Freiwillige Selbstanzeige und Kooperation	255
3. Freiwillige Selbstanzeige und deren Probleme	255
II. Planung und Durchführung	255
1. Untersuchungsplan	255
2. Privilegierungsfragen	256
3. Berichte	256
4. Dokumentenzusammenstellung	256
5. Auswertung der Dokumente	256
6. Anhörungen	256
III. Der Kreis der Mitwirkenden	257
1. Rechtsabteilung	257
2. Compliance-Abteilung	257
3. Geschäftsleitung/Vorstand	258
4. Wirtschaftsprüfer	258
5. Vertragspartner	258
6. Shareholder und Offenlegungspflichten	258
IV. Dokumentation und Schutz der Ermittlungsergebnisse	259
1. Form	259
2. Strategische Fragen zur Form des Berichtes	259
3. Schutz des Privilege	259
V. Strategische Konsequenzen	260
1. Verwendung der Ermittlungserkenntnisse durch amerikanische Behörden	260
2. Verwendung interner Berichte in strafgerichtlichen Verfahren	261
3. Verwendung interner Berichte im Zivilrechtsstreit	261
VI. Typische Problemstellungen	261
1. Datenschutz	261
2. Arbeitsrecht	262
3. Fortentwicklung des Korruptionsrechts	262
4. Durchsuchungen	263
5. Beendigung von Vertragsbeziehungen	263
C. Unternehmensinterne „cross-Border“ Untersuchungen aus deutscher Sicht	263
I. Einleitung	263
II. Planung und Ablauf der unternehmensinternen cross-border Untersuchungen in Deutschland	264
1. Allgemeines	264
2. Arbeitsplan	264
3. Berichterstattung	265
4. Zusammentragen von Unterlagen	266
III. Kreis der Mitwirkenden	266
1. Rechtsabteilung	267
2. Compliance-Abteilung	267
3. Vorstand	268
4. Aufsichtsrat und andere Kontrollorgane	268

5. Externe Wirtschaftsprüfer .....	269
6. Geschäftspartner .....	270
7. Aktionäre – Öffentliche Mitteilungspflichten .....	270
<b>§ 8. Mitarbeiterbefragungen .....</b>	<b>271</b>
A. Notwendigkeit .....	271
B. Zulässigkeit .....	272
C. Auskunftspflichten der Mitarbeiter .....	273
I. Auskunftspflichten der Mitarbeiter innerhalb des vertraglichen Aufgabenbereiches .....	274
II. Auskunftspflichten der Mitarbeiter außerhalb des vertraglichen Aufgabenbereiches .....	275
III. Auskunftspflichten der Mitarbeiter nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses .....	277
IV. Zulässigkeitserweiternde Vereinbarungen .....	278
V. Selbstständige Anzeigepflicht der Mitarbeiter .....	280
D. Wahrheitspflicht und Aussageverweigerung .....	281
I. Grundsätzliche Wahrheitspflicht .....	281
II. Pflicht zur Selbstbelastung? .....	281
1. Im vertraglichen Aufgabenbereich .....	282
2. Außerhalb des vertraglichen Aufgabenbereiches .....	287
III. Anspruch des Arbeitnehmers auf Beistand eines Rechtsanwalts oder Betriebsratsmitgliedes? .....	288
IV. Kronzeugen- und Amnestiezusagen .....	290
1. Zulässigkeit und Sinn .....	290
2. Mögliche Inhalte .....	292
a) Schutz vor Kündigungen .....	292
b) Schutz vor Schadensersatzforderungen .....	292
c) Schutz vor Strafverfolgung .....	292
d) Freistellung von Verteidigerkosten oder Geldstrafen .....	293
e) Zusicherung der Vertraulichkeit .....	294
3. Keine Bindung für staatliche Ermittlungsmaßnahmen .....	294
E. Durchführung und Verfahren .....	294
I. Praktische Umsetzung der Befragung .....	295
II. Auskunft auch gegenüber beauftragten Dritten .....	296
III. Schriftliche Aussagen, Einsichtsrechte .....	298
F. Beteiligung und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates .....	299
I. Informationsrechte des Betriebsrates .....	299
II. Mitbestimmungsrechte bei der Durchführung von Befragungen .....	300
1. Mitbestimmungsrecht aus § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG zu Ordnungsverhalten .....	301
2. Mitbestimmungsrecht aus § 94 Abs. 1 BetrVG zu Personalfragebögen .....	303
3. Abschluss einer Betriebsvereinbarung .....	304
G. Mitarbeiterbefragungen und Datenschutz .....	305
H. Anhang: Checkliste zum Ablauf von Mitarbeiterbefragungen .....	308
<b>§ 9. Unterlagen-, Daten- und E-Mailauswertung unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Aspekte .....</b>	<b>309</b>
A. Ausgangslage .....	309
B. Datenschutzrecht .....	310
I. Internationale Anwendbarkeit deutschen Datenschutzrechts .....	311
II. Sachlicher Anwendungsbereich des Datenschutzrechts .....	312
III. Rechtmäßigkeit der Auswertung von Unterlagen, Dateien und E-Mail nach dem BDSG .....	313
1. Tatsächlicher Ausgangspunkt .....	313

2. Rechtliche Rahmenbedingungen für die Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten für unternehmensinterne Ermittlungen .....	314
a) Verarbeitung und Nutzung von Beschäftigtendaten für unternehmensinterne Ermittlungen .....	315
aa) Sachlicher Anwendungsbereich .....	315
bb) Erlaubnistatbestand des § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG .....	315
cc) Nutzung und Verarbeitung von Beschäftigtendaten nach § 32 Abs. 1 S. 1 BDSG .....	317
dd) Anwendbarkeit des § 28 Abs. 1 BDSG neben § 32 BDSG .....	318
b) Nutzung und Verarbeitung sonstiger personenbezogener Daten für unternehmensinterne Ermittlungen .....	320
3. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit einzelner Ermittlungsmaßnahmen .....	320
a) Nutzung von Personalakten .....	321
b) Datenscreenings .....	321
c) Datenschutzrechtliche Aspekte der Auswertung von E-Mails und sonstigen Telekommunikationsdaten .....	324
4. Durchführung der Ermittlungsmaßnahmen durch externe Dienstleister .....	325
a) Auftragsdatenverarbeitung .....	326
b) Übermittlung von personenbezogenen Daten an externe Dienstleister .....	327
5. Übermittlung von Ermittlungsergebnissen und Daten an die US-Ermittlungsbehörden .....	328
C. Fernmeldegeheimnis .....	330
I. Inhaltliche Auswertung von E-Mails .....	330
II. Auswertung dienstlicher Telefonate .....	333
<b>§ 10. Grenzüberschreitende Korruptionsermittlungen aus Sicht der Staatsanwaltschaft .....</b>	<b>335</b>
A. Einleitung .....	335
B. Spezialisierung der Ermittlungsbehörden auf internationale Korruptionsverfahren .....	337
I. Besonderheiten von Ermittlungsverfahren wegen Korruptionsverdachts .....	337
1. Erhebliche Unschärfen bei wichtigen Tatbestandsmerkmalen .....	337
2. Schwierigkeiten bei der Beweisführung .....	338
3. Komplexität der Verfahren und der Ermittlungen .....	339
4. Besonderheiten bei den Tatverdächtigen .....	340
II. Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten bei Bestechung im Ausland .....	340
1. Korruption im Ausland – Erweiterung der Strafbarkeit .....	341
2. Notwendigkeit von Auslandsermittlungen .....	342
3. Schwierigkeiten bei der Rechtshilfe .....	343
4. Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten aufgrund materiell-rechtlicher und tatsächlicher Besonderheiten .....	344
a) Amtsträger im Sinne des IntBestG und des EUBestG .....	344
b) Ermittlung des Vorteilsempfängers .....	345
c) Der Nachweis einer strafbaren Unrechtsvereinbarung .....	346
III. Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und zunehmende Spezialisierung auf Ermittlungsseite .....	346
1. Notwendigkeit zur Konzentration der Ermittlungstätigkeit .....	346
2. Ressourcenprobleme .....	348
C. Untersuchungen in Unternehmen aus staatsanwaltschaftlicher Sicht .....	348
I. Bewertung interner Ermittlungen .....	348
1. Die Durchführung interner Ermittlungen als unternehmerische Entscheidung .....	348
2. Sachverhaltsaufklärung als Aufgabe der Staatsanwaltschaft .....	349
3. Ermittlungstätigkeit als Jedermannsrecht .....	350
II. Besondere Rechtsprobleme bei Ermittlungen gegen Unternehmen und deren Verantwortliche .....	351

1. Mitarbeitergespräche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen .....	351
a) Auskunftspflicht gegenüber dem Arbeitgeber trotz Selbstbelastungsgefahr? ....	352
b) Verwertungs- oder Verwendungsverbot? .....	354
c) Besonderheiten in Verfahren unter Beteiligung US-amerikanischer und britischer Behörden .....	358
2. Auswertung von E-Mail-Konten durch die Staatsanwaltschaft .....	360
a) Rechtliche Rahmenbedingungen für den Zugriff auf E-Mails .....	360
b) Verhältnismäßigkeit .....	362
3. Verhältnis von internen Untersuchungen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen .....	363
a) Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessenlagen .....	363
b) Gefährdung des Ermittlungszwecks .....	364
c) Keine Delegation vollständiger Ermittlungen auf Private .....	365
III. Honorierung der Kooperation durch Unternehmen .....	365
1. Anmerkungen zur Verbandsgeldbuße .....	365
2. Die Bemessung der Verbandsgeldbuße .....	367
D. Fazit und Ausblick .....	368
<b>§ 11. Rechtshilfe aus anwaltlicher Sicht: Grenzüberschreitende Ermittlungen der SEC und der Strafverfolgungsbehörden .....</b>	<b>371</b>
A. Rechtsgrundlagen .....	371
B. Regelungsinhalte .....	372
I. EU-US RhÜbk .....	372
1. Allgemeine Vorschriften .....	372
2. Umfang der Ermittlungsmaßnahmen .....	373
3. Formelle Anforderungen .....	373
4. Geltung des Abkommens .....	373
II. RhV D-USA .....	374
1. Gegenseitige Verpflichtung zur umfassenden Rechtshilfe in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren .....	374
2. Zentrale Behörden .....	375
3. Ablehnung der Rechtshilfe aus Staats(schutz)interessen .....	375
4. Ladung von Zeugen, Sachverständigen und Beschuldigten .....	376
5. Überlassung öffentlicher Unterlagen .....	376
6. Ermittlung von Bankinformationen .....	377
7. Vernehmung von Zeugen .....	377
8. Durchsuchung und Beschlagnahme .....	378
9. Besondere Ermittlungsmethoden .....	379
10. Rechtshilfe bei Einziehungsverfahren .....	380
11. Vertraulichkeit der im Wege der Rechtshilfe gewonnenen Erkenntnisse .....	380
12. Inhalt und Form von Rechtshilfeersuchen .....	381
13. Verhältnis zu anderen Übereinkünften .....	382
C. Umsetzung von Rechtshilfeersuchen unter dem RhV D-USA nach IRG .....	383
I. Einleitung .....	383
II. Zweistufiges Verfahren – Bewilligungsverfahren/Vornahmeverfahren .....	384
III. Rechtsschutz gegen Bewilligung der Rechtshilfe/Leistungsermächtigung .....	385
IV. Rechtsschutz gegen das Vornahmeverfahren .....	386
V. Einzelthemen .....	387
1. Durchsuchung und Beweismittelbeschlagnahme .....	387
2. Herausgabe von Gegenständen, Schriftstücken und Akten zu Beweis Zwecken .....	387
3. Akteneinsicht .....	388
D. Interne Ermittlungen für die SEC vs. Rechtshilfe .....	389

<b>§ 12. Unternehmensbezogene „Sanktionen“</b>	391
A. US-Sanktionen	391
I. Civil monetary penalty	391
II. Civil disgorgement	393
III. Relief against future civil violations	396
1. Court injunctions sought by the SEC	396
2. Permanent cease-and-desist orders by the SEC	399
3. Injunctions sought by the DOJ	401
IV. Criminal fines	401
V. Corporate probation	404
VI. Deutsche Zusammenfassung	405
1. Zivilrechtliche Geldbußen	406
2. Zivilrechtliche Abschöpfungen	406
3. Schutz gegen künftige Verletzungen zivilrechtlicher Bestimmungen	407
a) Von der SEC erwirkte gerichtliche Anordnungen	407
b) Unterlassungsverfügungen der SEC	407
c) Vom DOJ erwirkte Maßnahmen	408
4. Strafrechtliche Sanktionen	408
5. Anordnung einer Bewährung für Unternehmen	409
6. Stellungnahme	410
B. Deutsche Sanktionen	411
I. Grundsatz individualstrafrechtlicher Verantwortlichkeit im deutschen Strafrecht	411
II. Unternehmens-/Verbandsgeldbuße im deutschen Recht	412
1. Unternehmens-/Verbandsgeldbuße gemäß § 30 OWiG	412
a) Allgemeines	412
b) Der Personenkreis des § 30 Abs. 1 Nrn. 1–4 OWiG	413
aa) Vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person oder Mitglied eines solchen (Nr. 1)	413
bb) Vorstand eines nicht rechtsfähigen Vereins oder Mitglied eines solchen (Nr. 2)	413
cc) Vertretungsberechtigte Gesellschafter einer Personenhandels-gesellschaft (Nr. 3)	414
dd) Generalbevollmächtigte, Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigte in leitender Stellung (Nr. 4)	414
c) Anknüpfungs-/Bezugstat	414
aa) 1. Alternative: Die Verletzung der Aufsichtspflicht nach § 130 OWiG als Bezugstat	415
bb) Der Entlastungsbeweis bei der Verletzung der Aufsichtspflicht	417
cc) Fehlender Entlastungsbeweis bei § 130 OWiG	417
dd) Die Rolle von sog. Compliance-Management-Systemen bei der Verletzung der Aufsichtspflicht	418
ee) Compliance-Systeme im internationalen Bezug	418
ff) Anforderungen an ein Compliance-System	419
gg) 2. Alternative: Bereicherung des Unternehmens	421
d) Handlung „als“ Organ, Vertreter oder Bevollmächtigter	421
e) Höhe der Geldbuße/Steuerliche Aspekte	421
f) Festsetzung im selbstständigen Verfahren	423
g) Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten	424
2. Gewinnabschöpfung durch Verfall	424
a) Verfall nach §§ 73 ff. StGB	424
aa) Allgemeines	424
bb) Die Voraussetzungen des Verfalls nach § 73 Abs. 1 StGB	425
cc) Verfall bei Drittbegünstigung nach § 73 Abs. 3 StGB	425
dd) Umfang der Verfallsanordnung	426
ee) Beschränkung und Ausschluss des Verfalls	427

ff) Verfahrensrechtliches .....	427
b) Verfall nach § 29 a OWiG .....	428
aa) Allgemeines .....	428
bb) Voraussetzungen des § 29 a Abs. 2 OWiG .....	428
cc) Höhe des Verfalls .....	429
dd) Beschränkungen und Ausschluss des Verfalls .....	429
ee) Verfahrensrechtliches .....	429
<b>§ 13. Weitere Konsequenzen im Unternehmensbereich .....</b>	<b>431</b>
A. Consequences imposed by the U.S. authorities .....	431
I. Monitors .....	431
II. Compliance undertakings – enhancement of compliance structures .....	434
III. Suspension and debarment risks .....	435
IV. Deutsche Zusammenfassung .....	435
1. Compliance-Monitore .....	435
2. Compliance-Maßnahmen .....	436
3. Marktmaßnahmen .....	436
B. Zivil- und gesellschaftsrechtliche Haftungsfragen: Haftung von Vorstand, Geschäfts- führung oder Aufsichtsrat .....	437
I. Haftung von Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern .....	437
1. Haftung wegen Pflichtverletzung gem. § 93 Abs. 2 AktG bzw. § 43 Abs. 2 GmbHG .....	438
a) Sorgfaltspflichtverletzung .....	438
aa) Legalitätspflicht .....	439
bb) Leitungspflicht .....	441
cc) Pflicht zur ordnungsgemäßen Unternehmensführung .....	443
dd) Konzernleitungspflicht .....	452
b) Verschulden .....	455
c) Schaden .....	457
aa) Schadenspositionen .....	457
bb) Vorteilsausgleichung .....	467
d) Kausalität .....	469
aa) Adäquat kausale Verursachung der Pflichtverletzung .....	469
bb) Pflichtverletzung durch Unterlassen .....	470
e) Darlegungs- und Beweislast .....	472
aa) Grundsätze .....	472
bb) Verweis auf Verfahrensbeendigung mit US-Behörden, Strafurteile oder Bußgeldbescheide .....	474
f) Verjährung .....	476
aa) Grundsätze .....	476
bb) Verjährungsbeginn .....	477
cc) Kumulierte Schadenspositionen .....	478
2. Haftung wegen Verletzung des Anstellungsvertrages .....	479
3. Deliktische Schadensersatzhaftung aus § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. der Verletzung eines Schutzgesetzes .....	479
a) Schutzgesetzverletzung .....	480
b) Weitere Haftungsvoraussetzungen .....	481
c) Verjährung .....	482
II. Besonderheiten der Aufsichtsratshaftung .....	483
1. Haftung wegen Pflichtverletzung gem. §§ 116 S. 1, 93 Abs. 2 AktG .....	484
a) Sorgfaltsmaßstab .....	484
b) Sorgfaltspflichtverletzung .....	485
aa) Legalitätspflicht .....	485
bb) Überwachungspflicht .....	486

cc) Verfolgung von Schadensersatzansprüchen gegen den Vorstand, § 112 AktG .....	495
c) Weitere Haftungsvoraussetzungen .....	496
d) Verjährung .....	496
2. Haftung wegen Verletzung des Anstellungsvertrages .....	496
3. Deliktische Schadensersatzhaftung .....	497
III. Organhaftung aufgrund von Aktionärsklagen aus den USA? .....	498
1. Fallgestaltung .....	498
2. „Internal Affairs Doctrine“ .....	499
3. Fazit .....	501
C. Vergaberechtliche Aspekte .....	501
I. Einleitung .....	501
II. Vergaberechtliche Ausgangslage in Deutschland .....	504
1. Unterschiedliche Verordnungen mit gleicher Regelungssystematik betreffend den Bieterausschluss .....	504
2. Regelungen betreffend Bieterausschluss in der VOL/A .....	505
a) Zwingender Ausschluss von Vergabeverfahren gem. § 6 Abs. 4 EG .....	506
aa) Rechtskräftige Verurteilung wegen einer Katalogtat .....	506
bb) Gleichstellung von Auslands- und Inlandstaaten .....	507
cc) Zurechnung von Verhalten einer natürlichen Person gegenüber dem Anstellungsunternehmen .....	508
b) Informationspflichten und Gebot wahrheitsgemäßer Angaben gegenüber Vergabestellen .....	513
c) Ausnahmen von dem zwingenden Ausschluss gem. § 6 Abs. 5 EG .....	516
aa) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses (§ 6 Abs. 5 Var. 1 EG) .....	516
bb) Selbstreinigung (§ 6 Abs. 5 Var. 2 EG) .....	516
d) Im Ermessen stehender Ausschluss gem. § 6 Abs. 6 EG .....	519
aa) Nachweislich begangene schwere Verfehlung .....	520
bb) Zuverlässigkeit als Bewerber durch die schwere Verfehlung in Frage gestellt cc) Ermessen .....	520 521
III. Erfordernis der vorbeugenden vergaberechtlichen Konfliktvermeidung und -begrenzung .....	521
1. Konfliktvermeidung – Vorbeugemaßnahmen .....	522
2. Konfliktbegrenzung – Notfallplan .....	523
IV. Zusammenfassung .....	525
D. Arbeitsrechtliche Maßnahmen .....	526
I. Sanktionen wegen verweigerter Auskünfte .....	526
1. Abmahnung wegen Pflichtverletzung .....	527
2. Zurückbehaltung von Vergütungsteilen .....	528
3. Kürzung oder Verwirkung von Gratifikationen oder Boni .....	528
4. Kündigung wegen Verstoßes gegen Auskunftspflichten .....	529
5. Klage auf Auskunft gegen den Mitarbeiter .....	530
II. Sanktionen wegen festgestellter Vertragsverletzungen .....	531
1. Abmahnung .....	531
2. Ordentliche und außerordentliche Kündigung .....	531
3. Verdachtskündigung .....	532
4. Versetzung .....	533
5. Freistellung .....	534
6. Schadensersatz .....	534
III. Fazit .....	535
<b>Anhang</b> .....	<b>537</b>
Sachverzeichnis .....	539